

Italiens Rechte an Migranten:

„Zeit, zu packen“

Der neue rechte Innenminister Italiens hat illegalen Migranten den Kampf angesagt: „Die Freifahrt ist vorbei. Es ist Zeit, die Sachen zu packen“, warnte Matteo Salvini Flüchtlinge während einer Kundgebung. Der Chef der italienischen Lega griff auch NGO's scharf an, die bei der Rettung von Flüchtlingen aktiv sind. Er bezeichnete diese als „stellvertretende Schlepper“. Sein Ziel sei es, daß Italien weniger Geld für Flüchtlinge ausgibt.

„Die guten Zeiten für Illegale sind vorbei - macht euch bereit, eure Sachen zu packen“ - mit dieser Kampfansage sorgte Salvini am Tag der Republik am Samstag - einen Tag nach der Vereidigung der neuen Regierung - für Aufsehen. „Sizilien ist unsere Grenze. Wir müssen die Abkommen mit den Herkunftsländern der Migranten verbessern. Wir können uns nicht mehr erlauben, hunderttausende Migranten in Italien zu erhalten“, so Salvini.

Zuletzt haben Migrantenankünfte in Italien wieder zugenommen. „Fünf Milliarden Euro für den Erhalt von Migranten ist einfach zu viel“, sagte Salvini nachdem er als Innenminister vereidigt wurde. Er wolle kein Minister hinter dem Schreibtisch sein, sondern viel Zeit „auf der Straße“ verbringen.

Gelder für Flüchtlinge werden gekürzt

Am kommenden Dienstag reist der Lega-Chef nach Luxemburg zu einem Treffen mit den EU-Innenministern. Er bezeichnete die Migrations- und die Sicherheitsfrage als seine Prioritäten. Dabei werde er sich vor allem um Kürzungen bei den Geldern bemühen, die Italien für die Versorgung von circa 180.000 Flüchtlingen ausgibt.

Auch die NGO's, die sich der Flüchtlingshilfe verschrieben haben, nimmt der neue Innenminister ins Visier, die er für „stellvertretende Schlepper“ hält: „Dieses skandalöse Geschäft mit der Migration wird in Italien immer weniger rentabel werden“, schrieb Salvini auf Twitter.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz -

ein Zensurprogramm gegen

„politisch Unkorrekte“

Seit Beginn des Jahres 2018 werden entsprechend dem neu in Kraft getretenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz kritische Stimmen im Netz vermehrt mundtot gemacht. Auf Grundlage dieses Gesetzes werden nun nicht nur offensichtliche Hassreden, sondern auch alles, was gewissen Kontrolleuren politisch nicht konform erscheint, in den sozialen Netzwerken verfolgt. Beiträge, in denen z.B. die deutsche Politik, der Islam, die Masseneinwanderung oder die Homo-Ehe kritisiert werden, erfahren seither eine rigorose Entfernung aus dem Netz. So wurde auch ein Beitrag des Bestseller-Autors Stefan Schubert gesperrt, weil er darin arabische und nordafrikanische Bandenmitglieder als „Kriminelle“ bezeichnet hatte. Von Martin Sellner, dem Leiter der Identitären Bewegung, wurde sogar der YouTube-Kanal gänzlich gelöscht, weil er darin Ende 2017 berichtete, wie Linksradikale sein Auto in Brand gesetzt hatten. In krassem Gegensatz dazu blieben jedoch schwerwiegende persönliche Beleidigungen gegen die Parteivorsitzende Weidel von der AfD völlig ungeahndet. Das o.g. Gesetz entpuppt sich als Mittel der Politik, unliebsame und sogenannte „politisch unkorrekte“ Personen mundtot zu machen.

Wähler mit Rot-Blau zufrieden

Rot-Blau steht im Burgenland hoch im Kurs. Fast 80 Prozent sind laut jüngster Studie mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden. Nicht so gut kommen Türkis-Blau und die EU weg.

Vor zwei Jahren hatte die Landesregierung eine Studie über die Wählerzufriedenheit in den Bezirken von Oberpullendorf bis Jennersdorf in Auftrag gegeben. Meinungsforscher Peter Hajek hörte sich nun mit seinem Team im Landesnorden um.

Satte 79 Prozent der Befragten stellen Rot-Blau ein gutes oder sogar sehr gutes Zeugnis aus. Nicht so überzeugend punkten kann die türkis-blaue Bundesregierung - Kurz, Strache & Co. erhalten 56 Prozent Zustimmung. Detail: Obwohl das Burgenland von Förderungen aus Brüssel besonders profitiert, sind nur 35 Prozent mit der EU zufrieden.

Freispruch bei Vergewaltigungsprozess: Opfer konnte Widerstand nicht nachweisen

Am 26. April 2017 soll ein 15-jähriges Mädchen in Tulln von zwei „Schutzsuchenden“ vergewaltigt worden sein. Der Afghane und der Somalier wurden nun am 27. März freigesprochen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zwei Schöffen für, zwei gegen die Angeklagten

Zwei Schöffen hatten auf „schuldig“ plädiert, die anderen beiden aber auf „nicht schuldig“, weshalb der Richter „im Zweifel für die Angeklagten“ entscheiden musste. Das Schöffengericht befand, dass die Aussagen des Opfers Widersprüche in Details sowie zum Gesamtgeschehen enthielten, sagte der Richter in der Urteilsbegründung. Obwohl bei der 15-Jährigen „eindeutige Verletzungsspuren diagnostiziert“ worden waren, wollten die zwei Schöffen nicht ausschließen, dass der Sexualakt freiwillig erfolgte. Ein subjektives Erkennen der Angeklagten, dass sie einen Widerstand der 15-Jährigen zu überwinden hatten, habe demnach nicht nachgewiesen werden können, wie die Krone berichtet. Nach Angaben der beiden „Schutzsuchenden“ hatten sie gemeinsam mit der 15-Jährigen Marihuana geraucht und geredet, bevor es zum „einvernehmlichen Geschlechtsverkehr“ gekommen sei.

Botschaft an die Frauen: Pech gehabt

Nach den „gutgemeinten“ Empfehlungen, doch eine Armlänge Abstand zu halten oder „nachts generell in Begleitung unterwegs“ zu sein, erkennen unsere Frauen nun eine neue Botschaft: Wer nicht „nachweisen kann, dass der Vergewaltiger einen Widerstand zu überwinden hatte“, hat Pech gehabt. Solche Vergewaltiger werden von Gerichten wegen in Schutz genommen. Die angetane Gewalt fällt unter Kollateralschaden des gewünschten Umbaus des Landes.

Kein Wunder, dass sich mutige Frauen zusammenschließen und bei einer Demonstration am 14. April in Wien dagegen protestieren, dass sie durch die Einwanderung zu „Objekten“ degradiert werden, mit denen man machen kann, was man will.

Beide Asylanten enthaftet

Die beiden Angeklagten wurden sofort nach Urteilsverkündung enthaftet. Die Staatsanwaltschaft meldete Nichtigkeitsbeschwerde an, weshalb die Urteile nicht rechtskräftig sind.

Zur Erinnerung

Die bevorstehende Niederlage Deutschlands brachte die Kosaken als Kämpfer auf Seiten Deutschlands in arge Bedrängnis. Um nicht in Gefangenschaft der Roten Armee bzw. der Titoarmee zu gelangen, flüchteten die Kosaken-Stans Anfang Mai 1945 unter dem Kommando von General Domanow über den Plöckenpaß. Die Kosaken gelangten so in das Gebiet von Oberkärnten und Osttirol. In Lienz wurde das Hauptquartier aufgeschlagen und in den Wiesen und Wäldern rund um die Dolomitenstadt lagerten ca. 25.000 Männer, Frauen und Kinder. Dazu kamen noch mehr als 5.000 Pferde. Entgegen anderslautenden Zusagen verluden die Briten, nachdem die Kosakenoffiziere bereits einige Tage zuvor durch eine üngierte Konferenz in Spittal an der Drau vom übrigen Stan getrennt worden waren, die Kosaken und Kaukasier gewaltsam auf LKW und Eisenbahnwaggons. Man berief sich auf den Vertrag von Jalta, in dem unter anderem die Rückführung aller Sowjetbürger in die Sowjetunion vereinbart worden war, die sich am Kriegsende in alliierter Gefangenschaft befanden (Zwangsrepatriierung). Die britische Regierung befürchtete, daß Stalin die beim Vormarsch durch die sowjetischen Truppen befreiten britischen Kriegsgefangenen als Faustpfand zurückbehalten könnte, solange die Kosakeneinheiten nicht repatriert worden wären. Das Gleiche galt auch für zehntausende von jugoslawischen Bürgern und Soldaten beim Massaker von Bleiburg, die auf deutscher Seite gestanden hatten. In den Lagern um Lienz und Oberdrauburg sprangen im Zuge der Auslieferung Mütter mit ihren Kindern in selbstmörderischer Absicht in die hochwasserführende und eiskalte Drau. Männer erschossen oder erhängten sich. Die Ereignisse gingen als „Tragödie an der Drau“ in die Geschichte ein.

Der Großteil der Kosaken und Kaukasier wurde in Judenburg den sowjetischen Truppen übergeben. Viele überlebten den Sommer 1945 nicht mehr. Sie nahmen sich aus Furcht vor Verfolgung durch die sowjetischen Organe das Leben bzw. töteten ihre Kinder und Verwandten oder überlebten die Transporte in die Gefangenenlager nicht. Offiziere wurden in der Regel nach kurzen Prozessen hingerichtet. General von Pannwitz wurde am 16. Januar 1947 in Moskau mit fünf weiteren Kosakengenerälen und Atamanen hingerichtet. Am 23. April 1996 erfolgte seine Rehabilitierung durch den russischen Generalstaatsanwalt.

In Lienz erinnern heute der Kosakenfriedhof in der Peggelz und ein Gedenkstein für den General Helmuth von Pannwitz und das XV. Kosakenkavallerie-Korps in Tristach an das damalige tragische Geschehen. Jährlich ünden dort Gedenkfeiern der Überlebenden und der Nachkommen statt. In Judenburg erinnert mit dem sogenannten „Kosakenstein“ ein Denkmal neben der Murbrücke an die Geschehnisse bei der Übergabe.

Für Kneissl ist Ankara „kein EU-Beitrittskandidat“

Die Türkei sei „aus österreichischer Sicht kein (EU-)Beitrittskandidat“, betonte Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ) am Montag nach den Wahlen in der Türkei vor einem EU-Außenministerrat in Luxemburg. „Wir streben vielmehr eine strategische Partnerschaft mit der Türkei an“, verwies Kneissl auf das Regierungsprogramm. Kneissl verwies außerdem auf laufende diplomatische Bemühungen im Zusammenhang mit den EU-Schlußfolgerungen zur EU-Erweiterung, die am Dienstag und beim EU-Gipfel Ende dieser Woche beschlossen werden sollen. Dem Vernehmen nach will Österreich verhindern, daß der Türkei weitere EU-Annäherungsschritte in Aussicht gestellt werden. 2016 hatte der heutige Bundeskanzler und damalige EU-Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) die EU-Schlußfolgerungen zur Erweiterung blockiert, weil er einen Abbruch der EU-Beitrittsgespräche mit Ankara gefordert hatte.

Kneissl plädierte für grünes Licht der EU für Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien. Dies sei „nicht eine Frage der Großzügigkeit, sondern eine Frage der Logik“, betonte sie. Man habe Albanien und Mazedonien gewisse Vorgaben gemacht, unter anderem eine Lösung im Namensstreit zwischen Skopje und Athen und eine Reform der Justiz. Wenn diese Vorgaben erfüllt seien, „müssen wir um unserer Glaubwürdigkeit willen diese Mechanismen in Bewegung setzen“, sagte Kneissl mit Blick auf die Einigung zwischen Athen und Skopje, wonach das Balkanland künftig „Nord-Mazedonien“ heißen soll. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zum Start von Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern habe die Unterstützung Österreichs. Kneissl betonte aber, sie könne noch nicht für alle EU-Staaten sprechen.

Zu dem gestrigen EU-Asylgipfel sagte die Außenministerin, es sei aus österreichischer Sicht begrüßenswert, daß man weg von Quoten und Verteilung hin zum Fokus Außengrenzschutz gekommen sei, „das war klar ersichtlich“. Asylzentren außerhalb der EU seien nur unter Beachtung menschenrechtlicher Standards machbar, insbesondere unter Zusammenarbeit der Internationalen Organisation für Migration und dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sowie der betroffenen Staaten.

Die EU-Außenminister beraten am Montag auch mit den EU-Verteidigungsministern und mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg über die Kooperation EU-NATO. Kneissl sagte, bei der militärischen Mobilität gehe es um praktische Fragen von Truppenbewegungen außerhalb des Krisenfalls. Im Außenministerium gebe es ein eigenes Referat für Überflüge.

Viktor Orban: „Ungarn wird ein ungarisches Land bleiben“

Viktor Orban hat sich vom EU-Gipfel zu Wort gemeldet. Die Visegrad-Staaten sind beim EU-Gipfel hart geblieben und wollen sich keine Migranten aufzwingen lassen. Morgens um 4:40 Uhr meldet sich Viktor Orbán vom EU-Gipfel via Facebook zu Wort.

Sichtlich erschöpft von den langen Verhandlungen sagte er über die Position der vier Visegrad-Staaten (Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechische Republik) folgendes:

„[...] Wir sind müde, aber auch zufrieden, weil die vier Visegrad-Staaten einen großen [Verhandlungs-]Sieg errungen haben. Uns hatte die Bedrohung belastet, daß sie mit der Umsiedlung von Migranten von den zu schaffenden Flüchtlingslagern in die europäische Staaten beginnen würden. Wir haben es geschafft, diesen Vorschlag abzuwehren und konnten unseren eigenen Vorschlag durchsetzen, der klar stellt, daß niemand von den zu schaffenen Flüchtlingscamps in ein Land umgesiedelt werden kann, bevor dieses Land zugestimmt hat. So wird Ungarn kein Immigrant-Land. Ungarn wird ein ungarisches Land bleiben. [...]“.

Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechische Republik haben somit ihre Positionen bekräftigt, keine Einwanderungsländer werden zu wollen. Diese Rolle hat Merkel wohl eher Deutschland zugedacht, das entweder aufnimmt oder zahlt.

Tausende illegale Doppelstaatsbürger

Der Tätigkeitsbericht des Wiener Landesverwaltungsgerichts bestätigt das von den Freiheitlichen immer wieder genannte Problem illegaler Doppelstaatsbürgerschaften. Aktuell prüft der zuständige Magistrat 18.500 Fälle mutmaßlich illegaler Doppelstaatsbürgerschaften von Personen türkischer Herkunft. „Die Wiener Stadtregierung hat bisher mehrfach betont, daß die ‚geringe Zahl illegaler Doppelstaatsbürgerschaften‘ lediglich eine Ausnahme darstellen würden. Die jetzt vom Landesverwaltungsgericht genannte Zahl von 18.500 zu überprüfenden Personen ist allerdings weit davon entfernt, als ‚lapidare Ausnahme‘ betitelt zu werden“, empörte sich der geschäftsführende FPÖ-Landesparteiobermann Johann Gudenus.

Dem Bericht sei weiters zu entnehmen, daß in 4.000 Fällen bereits ein Feststellungsverfahren eingeleitet wurde und wegen des daraus resultierenden erhöhten Arbeitsaufwands eine eigene Abteilung „Schwerpunktgruppe Doppelstaatsbürgerschaft“ eingerichtet werden mußte. „Neben der überfälligen personellen Aufstockung des Verwaltungsgerichts wäre die Stadtregierung gut beraten, endlich den Tatsachen ins Auge zu sehen und die Problematik der illegalen Doppelstaatsbürgerschaften ernst zu nehmen“, betonte Gudenus.

Salvinis Kurs jagt Schockwellen durch die EU

Ein neuer Stern scheint gerade am Himmel der europäischen Rechten aufzugehen: Matteo Salvini, seit Anfang Juni Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident Italiens. Der 45-jährige Politiker der rechtskonservativen Lega (ehemals Lega Nord) schreckt nicht davor zurück, die Dinge beim Namen zu nennen und sorgt mit seinen klaren Ansagen für helle Aufregung bei Migrationsbefürwortern jeglicher Couleur – und für Ratlosigkeit und Verzweiflung in Brüssel.

Kampf gegen Schlepperei

Seit Salvini das Innenministerium übernommen hat, weht der Schlepper-Mafia ein stürmischer Gegenwind um die Ohren. Unter seiner Führung wird dem Recht wieder zu seiner Geltung verholfen, die illegalen Machenschaften der NGOs wurden in den letzten Wochen stark eingeschränkt. Inzwischen verlagern sich dank dieser neuen, konsequenten Haltung die Schlepperrouten in Richtung Spanien, italienische Häfen stehen für die Anlandung Illegaler nicht mehr zur Verfügung.

Schiffe konfiszieren, „Aktivisten“ verhaften

Daß Salvini es ernst meint, wenn er damit droht, die Schlepperschiffe der NGOs konfiszieren und deren Besatzungen verhaften zu lassen, daran zweifelt offenbar niemand. Entsprechend ist auch das mediale Echo, das die klaren Ansagen des italienischen Innenministers begleitet: Die Systempresse scheint sich an seiner Person regelrecht abzarbeiten: „vulgär und demagogisch“, „ultrarechts und hemmungslos“, „der Mann für die niederen Instinkte“ und so weiter gackert es aufgeregt im Blätterwald.

Linkes Establishment ratlos

Das hysterische Geschnatter ficht Salvini jedoch nicht an, im Gegenteil: Der Erfolg gibt ihm recht. Denn in den wenigen Wochen, in denen er jetzt im Amt ist, schaffte es seine Lega bereits, den vor Kurzem noch stärkeren Koalitionspartner „Fünf Sterne“ in den Umfragen klar zu überholen.

Man kann nur vermuten, daß dies daran liegt, daß Salvini eben ausspricht, was sich die Mehrheit der Italiener schon lange denkt – gerade wenn es um das Thema Migration geht. Indem er die politisch korrekten Sprechverbote schonungslos aufbricht, gewinnt er die Herzen der Menschen, die ihre Meinung durch ihn endlich wieder repräsentiert sehen.

Nicht zuletzt läßt Salvini damit ein zusehends im eigenen Chaos versinkendes EU-Establishment ratlos zurück, das sich immer noch nicht erklären kann, weshalb die Menschen der „Idee Europa“ in Scharen davonlaufen.

Wer Österreicher werden will, muß nun mehr zahlen

Die Regierung setzt ihr Programm, das da lautet, die Ausländer sollen zahlen, fort: Die Kosten für die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft werden mit 1. Juli von 976,80 Euro auf 1115,30 Euro erhöht. Die Gebühren für Pässe, Führerscheine oder auch sämtliche Verfahren bei Behörden bleiben gleich.

„Die österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut. Daher wurde die Mindestaufenthaltsdauer für die Beantragung von dieser Bundesregierung bereits von sechs auf zehn Jahre erhöht. Nun sollen für die Beantragung und Verleihung der Staatsbürgerschaft die Gebühren an das aktuelle Inflationsniveau angepasst werden“, sagt Finanzminister Hartwig Löger.

Die anderen Gebühren, wie etwa für den Führerschein, bleiben zum siebenten Mal in Folge gleich. Mit 1. Juli tritt auch die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung in Kraft. Löger spricht daher von einer großen Steuerentlastung und einer allgemeinen Gebührenbremse - die den Österreichern jährlich Kosten von 40 Millionen Euro ersparen soll.

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 265 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *